

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

25.3.2009

B6-0164/2009

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Martin Schulz, Hannes Swoboda, Jan Marinus Wiersma, Helmut Kuhne,  
Miguel Angel Martínez Martínez, Justas Vincas Paleckis und Józef Pinior

im Namen der PSE-Fraktion

zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus

**Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die Artikel 6 und 7 des EU-Vertrags,
- unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
- unter Hinweis auf den Rahmenbeschluss 2008/913/JI vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
- unter Hinweis auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass Historiker darin übereinstimmen, dass völlig objektive Auslegungen historischer Tatbestände nicht möglich sind und es keine objektive Geschichtsschreibung gibt; unter Hinweis darauf, dass Berufshistoriker dennoch wissenschaftliche Instrumente zur Erforschung der Vergangenheit einsetzen und dabei bemüht sind, so unparteiisch wie möglich zu sein,
- B. unter Hinweis darauf, dass keine politische Institution und keine Partei das Monopol für die Auslegung der Geschichte besitzt und für sich Objektivität beanspruchen kann,
- C. unter Hinweis darauf, dass offizielle politische Auslegungen historischer Fakten nicht durch Mehrheitsbeschlüsse von Parlamenten aufgezwungen werden sollten; in der Erwägung, dass kein Parlament mit Rechtsvorschriften verfügen kann, wie die Vergangenheit zu bewerten ist,
- D. in der Erwägung, dass eines der Kernziele des Prozesses der europäischen Integration darin bestehen, die Achtung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit in der Zukunft sicherzustellen, und dass in den Artikeln 6 und 7 des Vertrags über die Europäische Union geeignete Mechanismen zur Verwirklichung dieses Ziels festgelegt worden sind,
- E. in der Erwägung, dass falsche Auslegungen der Geschichte den Nährboden für eine Politik der Ausgrenzung schaffen und damit zu Hass und Rassismus anstiften können,
- F. unter Hinweis darauf, dass während des 20. Jahrhunderts in Europa Millionen von Opfern von totalitären und autoritären Regimen deportiert, inhaftiert, gefoltert und ermordet worden sind; unter Hinweis darauf, dass die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Europa sehr komplex und ambivalent gewesen ist und auch die Erinnerung der Menschen daran diese Züge aufweist,

- G. unter Hinweis darauf, dass zwar beträchtliche Fortschritte bei der institutionellen und wirtschaftlichen Vereinigung von Ost und West erzielt worden sind, die Vereinigung der Erinnerung jedoch noch aussteht,
- H. unter Hinweis darauf, dass Beschlüsse über die Erinnerung an Ereignisse der Vergangenheit nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden dürfen; in der Überzeugung, dass die Politiker die Historiker um unabhängige Beratung ersuchen und zu einer offenen Debatte über unterschiedliche historische Auslegungen bestimmter Ereignisse ermutigen sollten,
- I. in der Erwägung, dass die alles beherrschende historische Erfahrung Westeuropas der Nationalsozialismus war, während in den Ländern Mitteleuropas zusätzlich die Erfahrung des Kommunismus hinzugekommen ist; in der Überzeugung, dass das Verstehen des zweifachen diktatorischen Vermächtnisses dieser Länder gefördert werden muss,
- J. in der Erwägung, dass die meisten Historiker darin übereinstimmen, dass Nationalsozialismus und Stalinismus ungeachtet bestimmter ähnlicher Merkmale im wesentlichen anders geartet waren, obwohl es vom Blickwinkel der Opfer aus keinen Unterschied macht, welches Regime sie aus welchem Grund auch immer ihrer Freiheit beraubte und sie foltern oder ermorden ließ,
1. fordert die Ausrufung eines europaweiten Gedenktages für die Opfer aller totalitären Regime, vor allem des Nationalsozialismus und des Stalinismus, der in Würde und unparteiisch begangen werden soll; ersucht den Sachverständigenausschuss des Hauses der Europäischen Geschichte, Vorschläge für ein geeignetes Datum vorzulegen, an dem die Bürger Europas auf die Gefahren des Totalitarismus hingewiesen würden;
  2. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.